

Antragsbereich B / Antrag 2

Jusos Bayern

Empfänger:

Bundesparteitag

Landesparteitag

B2: Bessere staatliche Finanzierung statt Privatisierung des Bildungssystems!
(Annahme)

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe des Staates und würde für eine erhebliche Verbesserung im Leben vieler junger Menschen sorgen, doch leider kommt der Staat dieser Aufgabe oft nicht nach und gibt sie stattdessen in private Hand. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Per Gesetz besteht
5 zwar seit 2013 für jedes Kind ab einem Alter von einem Jahr ein Rechtsanspruch auf einen
Betreuungsplatz. Dennoch wird dieser Anspruch bis heute nicht erfüllt, weil die entsprechenden
Kapazitäten nicht bereitgestellt werden.

Das Bildungssystem ist vollkommen unterfinanziert. Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaft-
10 liche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches
nicht von fiskalen „Sachzwängen“ abhängig gemacht und in private Hände abgegeben werden.
Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ
hochwertiges und gerechtes Bildungssystem zu ermöglichen.

15 Deshalb fordern wir:

Freier Zugang zu Bildungseinrichtungen

Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen Bildungsbarrieren abgebaut werden.
20 Der Bund muss die Länder und Kommunen mit ausreichend Geld ausstatten, damit diese ge-
nug qualitativ hochwertige Krippen- und KiTa-Plätze, Schulen sowie Studienplätze finanzieren
können, damit jeder und jede die Bildung bekommt, die er oder sie möchte. Gerade private Bil-
dungseinrichtungen erheben Gebühren und sind hoch selektiv. Die Chance auf Bildung darf nicht
von der finanziellen Situation oder dem gesellschaftlichen Stand des Elternhauses abhängig sein.
25 Wir lehnen jegliche Art von Bildungsgebühren, sowie jegliche Kosten, die für Bildung anfallen, ab.

Wir fordern außerdem, dass Programme zur Elitenförderung, wie das Deutschlandstipendium,
ergänzt werden durch Förderprogramme für sozial Benachteiligte, damit ein gerechter und freier
Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle möglich ist.

30

Unabhängige Bildungseinrichtungen

Ziel von Bildung ist es auch, zu lernen, unabhängig und kritisch zu sein. Das funktioniert nicht, wenn Bildungseinrichtungen in die Abhängigkeit von privaten Unternehmen geraten, weil diese sie sponsern. Private Finanziere dürfen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf Stundenpläne, Bildungsinhalte oder grundsätzliche Ausrichtungen von Bildungseinrichtungen haben. Auch Weiterbildungsmöglichkeiten müssen allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für lebenslanges Lernen ein, das allen Menschen unabhängig ihrer finanziellen Stellung möglich ist. Daher bleiben wir bei der Forderung nach absoluter Lehrmittelfreiheit.

40

Außerdem muss Bildung einer zivilen und friedlichen Gesellschaft verpflichtet sein. Militär hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Deswegen fordern wir die Einführung der Zivilklausel in allen Hochschulen.

45 Kooperationsverbot abschaffen!

Überfüllte Klassen, marode Bauten, in denen unterrichtet wird und mangelhafte Unterrichtsversorgung sind Alltag im deutschen Schulsystem; der Grund dafür ist die permanente Unterfinanzierung der Bildungsinstitutionen. Um eine ausreichende Finanzierung der Bildung sicherzustellen, genügen die finanziellen Mittel der Länder nicht. Daher muss der Bund die Haushaltsumlagen erhöhen um eine fortschrittlichere Bildungspolitik zu ermöglichen. Zudem muss das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich aufgehoben werden.

50

Wettbewerb um finanzielle Mittel entgegenreten

55

Auf dem Weg hin zu einem gerechten Bildungssystem müssen wir weg von einem anreiz- und wettbewerbsorientierten System. Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen untereinander lähmt den Bildungsbetrieb. Gerade im Hochschulbereich leiden am Ende die Qualität der Lehre und Forschung. Gute Bildung entsteht unserer Meinung nach nur dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Staatliche Bildungseinrichtungen dürfen sich nicht an Prestigeprojekten aufhängen, sondern müssen dazu befähigt werden, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Außerdem muss der Einfluss marktwirtschaftlicher Unternehmen an Hochschulen deutlich eingeschränkt werden. Drittmittelfinanzierung von Lehre und Forschung lehnen wir ab!

60

65 Kommunen besser finanzieren

Kommunen müssen besser finanziert werden, damit diese Bibliotheken, staatliche Museen und andere staatliche Kultureinrichtungen erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang ermöglichen können. Zudem müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um Schließungen von kleinen Schulen aus Geldmangel zu verhindern und marode Schulbauten zu sanieren. Lange Schulwege dürfen kein Hinderungsgrund für weiterführende oder höhere Bildung sein. Gerade in ländlicheren Regionen sind Schulen ein wichtiger Anker und können strukturschwachen Regionen Auftrieb geben.

70

75 Inklusive Bildung ermöglichen

Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Zudem muss Inklusion zur Selbstverständlichkeit werden. Alle
80 Bildungsstätten, sowie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, müssen barrierefrei werden. Alle Menschen, die in Bildungseinrichtungen arbeiten, müssen entsprechend geschult werden.

Wir brauchen Vielfalt im Bildungssystem, die private Bildungsanbieter nicht gewährleisten. So nehmen beispielsweise einige Privatschulen nur Jungen oder Mädchen auf, oder nur Kinder einer
85 bestimmten Konfession. Nur, wenn Menschen egal welcher Hautfarbe, welchen Geschlechtes, welcher Herkunft, welcher Sexualität, welchen Glaubens oder welchen Einkommens miteinander lernen sind Inklusion und Integration verwirklicht. Konzepte privater Schulen können überprüft und übernommen werden.

90 Ein solidarisches Steuersystem schaffen!

Um den steigenden Finanzbedarf des Bildungsbereiches zu decken, braucht es Reformen auf der staatlichen Einnahmeseite. Eine Steuerreform, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt, um BezieherInnen niedriger Einkommen durch Ausweitung
95 kostenlose staatlicher Leistungen, gezielter Sozialpolitik und Infrastrukturdienstleistungen zu niedrige Einkommen entlasten, ist überfällig. Eine solidarische Bildungsfinanzierung wie wir sie uns vorstellen, muss staatlich und solide sein, denn Bildung ist der Motor und Antrieb einer Gesellschaft.

100 Bildung war, ist und wird der Garant für Wohlstand auf der ganzen Welt. Sie ist unser wichtigster Rohstoff und sowohl Exportschlager als auch Magnet für schlaue Köpfe aus aller Welt. Demzufolge ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Bildungsausgaben verschwindend gering.

105 Der Staat darf im Bereich der Bildung keine Verantwortung aus der Hand geben, dazu ist dieses Ressort einfach viel zu wichtig!